

Redemanuskript für die Musik- und Umwelttage
vom 25. – 27. September 2009
im Johanneshaus Öschelbronn unter dem Motto

„Verarmen Mensch und Erde?“

... Die Anfrage, ob ich bereit wäre, einen Vortrag zu halten, stieß angesichts der über die diesjährigen Musik- und Umwelttage gestellten Frage bei mir auf wirklich offene Ohren. Die Frage: Verarmen Mensch und Erde betrifft beide Themen, mit denen ich mich politisch auseinandersetze. Das ist zum einen die Umweltpolitik mit der Fragestellung, verarmt die Erde? Und das ist zum anderen das Themenfeld Entwicklungspolitik mit der Frage, wie geht es den Menschen auf dieser Erde? Und in der Tat gibt es viele Zustandsbeschreibungen, die die Frage nach dem Verarmen der Erde und dem Verarmen der Menschen bejahen.

Die Erde verarmt

Wenn ich an die Fragestellung umweltpolitisch herangehe, dann fällt mir zunächst das Buch „Die Grenzen des Wachstums“ ein. Im Jahr 1972 veröffentlicht zeigten die Autoren auf, dass das Wirtschaften der Menschen dazu führt, dass die natürliche Tragfähigkeit der Erde überschritten wird. Gut 30 Jahre später ist das zweite Nachfolgewerk erschienen: Trotz all der umweltpolitischen Bemühungen der vergangenen Jahrzehnte bleiben die Aussichten düster: Der ökologische Fußabdruck der Menschheit ist weiter gewachsen und übersteigt die ökologische Tragfähigkeit der Erde bereits heute um 20 %. Das heißt, wir können nicht dauerhaft so wirtschaften wie bisher und uns bleibt nur wenig Zeit zum Umsteuern. Das sagen uns auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen.

Sie bezeichnen es als wahrscheinlich, dass sich von Dürre betroffene Gebiete flächenmäßig ausdehnen werden. Gleichzeitig werden schwere Niederschlagsereignisse, die voraussichtlich häufiger werden, das Überschwemmungsrisiko erhöhen. Durch den Rückzug der Gletscher wird die Wasserverfügbarkeit in Regionen, die vom Schmelzwasser der großen Gebirgsketten versorgt werden und in denen derzeit mehr als ein Sechstel der Weltbevölkerung lebt, abnehmen. Es wird also Kämpfe ums Wasser geben.

Wenn der Anstieg der mittleren globalen Temperatur 1,5 - 2,5°C überschreitet, ist ein erhöhtes Aussterberisiko für ein Drittel der Tier- und Pflanzenarten wahrscheinlich. Aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels wird vorausgesagt, dass bis zu den 2080er-Jahren viele Millionen Menschen mehr pro Jahr von Überschwemmungen betroffen sein werden. Die Anzahl der betroffenen Menschen wird in den Großdeltas Asiens und Afrikas am höchsten sein, während die kleinen Inseln in besonderem Maße verwundbar sind. Neuen Berechnungen zufolge schmilzt das Grönlandeis noch schneller als angenommen. Bis 2100 könnte ein Viertel der Weltbevölkerung von Überschwemmungen betroffen sein.

Die Anzahl an Umweltflüchtlingen wird zunehmen und auch die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen wächst mit den Auswirkungen des Klimawandels. Und auch wenn man vom Klimawandel absieht, gibt es klare Anzeichen für ein Übernutzen der Erde. So stellt das Artensterben ein großes weltweites Problem dar. Die derzeitige Aussterberate übertrifft die vermutete natürliche Rate um das 100 – 1000fache und ist durch menschliches Handeln bedingt. In Baden-Württemberg gelten 40 % der Tier- und Pflanzenarten als gefährdet.

Beeindruckend finde ich die Vorstellung, und das hat eine Studie ergeben, dass die Menschheit, so wie wir jetzt wirtschaften, bereits $\frac{1}{4}$ der Primärproduktion aller terrestrischen Ökosysteme verbraucht - $\frac{1}{4}$ aller Zuwächse an Pflanzenmasse weltweit für nur eine Spezies auf dieser Erde. Nach Angaben der Umweltorganisation der Vereinten Nationen UNEP wurden zwischen 1981 und 2005 – parallel zur Verdopplung der weltweiten Wirtschaftsleistung - 60 Prozent der Welt-Ökosysteme schwer geschädigt.

Die Menschheit insgesamt übernutzt also die Erde. Aber dieser Zugriff auf die natürlichen Ressourcen ist nicht gleichmäßig verteilt. Die westliche Welt hat einen überproportionalen Anteil am Ressourcenverbrauch und am Ausstoß von Emissionen. Die Industrieländer, in denen knapp ein Sechstel der Weltbevölkerung lebt, verursachen fast die Hälfte des weltweiten Energieverbrauchs. Ein Durchschnitts-Amerikaner verbraucht fast 8 Tonnen Erdöleinheiten pro Kopf und Jahr, ein Westeuropäer immerhin 4 Tonnen pro Kopf. Weltweit liegt der Schnitt bei 1,8 Tonnen Erdöleinheiten pro Kopf. Ähnlich wie beim Energieverbrauch stellen sich die Verhältnisse auch beim Ressourcenverbrauch insgesamt dar.

Wir haben ein Armutproblem

Ein großer Teil der Menschheit ist von diesem Energie- und Ressourcen-Wohlstand ausgeschlossen. Aber genau diese Menschen sind am verwundbarsten gegenüber den Folgen des Klimawandels. Das gilt für Länder wie Bangladesch, die immer wieder von Überflutungen und auch von dem drohenden Meeresspiegelanstieg betroffen sind. Es gilt aber auch für afrikanische Länder, in denen ein Großteil der Bevölkerung von Subsistenzwirtschaft lebt - hier stellt eine ausbleibende Regenzeit, Dürre oder auch Überschwemmung eine unmittelbare Bedrohung dar.

Entsprechend Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) hungern weltweit etwa 1 Milliarde Menschen. Die Mehrheit von ihnen sind in der Landwirtschaft tätig, ca. 60% sind Frauen und Mädchen und die meisten wohnen in ländlichen Gebieten Afrikas und Asiens. In Afrika südlich der Sahara ist jeder Dritte chronisch hungrig. Jährlich sterben weltweit ca. fünf Millionen Kinder an den Folgen von Hunger, d.h. dass alle 5 Sekunden ein Kind verhungert. Die Anzahl der Kinder, die täglich an Hunger, den Folgen schmutzigen Wassers oder vermeidbarer Krankheiten sterben, wird auf bis zu 30.000 beziffert. 1,4 Milliarden Menschen auf der Erde leben in extremer Armut. Eine halbe Millionen Frauen sterben jedes Jahr im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt – mangels fehlender Gesundheitsversorgung. Allein in Subsahara-Afrika leben fast 500 Millionen Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Diese Zahlen sind erschütternd, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Landwirtschaft bis zu 12 Milliarden Menschen ernähren könnte – andere Zahlen sagen 9 Milliarden – übrigens immer eine fleischarme Kost vorausgesetzt. Jean Ziegler, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung sagt deshalb: „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.“ (und das sind mehr als 10.000 Kinder pro Tag!). Und in der Tat ist die Armut der Menschen natürlich eng mit Verteilungsfragen verknüpft: Eine Welt, in der die vier reichsten Menschen mehr Geld besitzen als eine Milliarde der ärmsten Menschen ist weit von Gerechtigkeit entfernt (ob die Zahl nach der Finanzkrise noch stimmt, weiß nicht, aber ich denke, an der Aussage als solcher hat sich nichts geändert). Und die Tatsache, dass für Entwicklungszusammenarbeit weltweit weniger als 100 Mrd. US-Dollar bereit stehen, während die Rüstungsausgaben mehr als 1000 Mrd. US-Dollar betragen, ist auch kein Ruhmesblatt für die Menschheit.

Die Vertreter von 189 Staaten einigten sich im September 2000 in New York auf 8 Entwicklungsziele, die so genannten Millenniumsziele: 1. Ziel ist die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger. So soll u.a. zwischen 1990 und 2015 der Anteil der Menschen halbiert werden, die Hunger leiden. 2. Ziel ist die Primarschulbildung für alle. 3. Ziel ist die Gleichstellung der Geschlechter. 4. Ziel die Senkung der Kindersterblichkeit. So soll zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeit von Unter-Fünf-Jährigen um zwei Drittel gesenkt werden. 5. Ziel ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter. 6. Ziel ist die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten. Das 7. Ziel bezieht sich auf die ökologische Nachhaltigkeit und beinhaltet auch die Halbierung des Anteils der Menschen ohne dauerhaft gesicherten Zugang zu hygienisch einwandfreiem Trinkwasser (von 65 Prozent auf 32 Prozent). 8. und letztes Ziel ist der Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

Seit Unterzeichnung der Millennium-Erklärung sind 9 Jahre vergangen. Von der Erreichung der Ziele sind viele Länder und damit die Staatengemeinschaft insgesamt noch weit entfernt und das, obwohl die Erreichung der Ziele ja nur eine Etappe auf einem noch längerem Weg sind - denn letztendlich geht es nicht darum, die Anzahl der Hungernden zu halbieren, sondern Hunger Geschichte werden zu lassen. Zwar gab es zunächst Erfolge bei der Bekämpfung des Hungers; 2008 hat sich die Situation aufgrund steigender Nahrungsmittelpreise aber wieder verschlechtert. Immer noch sind mehr als ein Viertel der Kinder in Entwicklungsländern untergewichtig und die Zielsetzung bzgl. der Kinderernährung wird wohl bis 2015 nicht zu erreichen sein. Während es bei der Armutsbekämpfung in Ostasien Fortschritte gab, lebten im südlichen Afrika 2005 insgesamt 100 Millionen mehr Menschen in extremer Armut als 15 Jahre zuvor. Die Armutsrate blieb gleich mit über 50 Prozent. Die geringsten Fortschritte weltweit wurden bei der Verbesserung der Müttergesundheit erzielt, als Grund hierfür werden Finanzierungslücken genannt.

Das waren jetzt viele Fakten und Zahlen. Aber ich denke, die muss man sich immer mal wieder vor Augen führen. Denn diese Zahlen sagen ja etwas aus. Sie machen deutlich, wie unterschiedlich die Lebensbedingungen auf dieser Erde sind, wie ungleich Ressourcen und Lebenschancen verteilt sind. Und ich meine, dass diese Zahlen eben nicht nur Zahlen sind, sondern dass sie eine Aufforderung an uns sind, die Zustände zu ändern. Wir können nicht die Vorzüge eine global vernetzten Welt genießen und gleichzeitig tatenlos zusehen, wie wenige Flugstunden von hier entfernt, Menschen verhungern, an verschmutztem Trinkwasser oder aufgrund fehlender Gesundheitsversorgung sterben.

Wir haben eine Verantwortung auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus und wir müssen unsere Regierung auffordern, sich für die Erreichung der Millenniumsziele einzusetzen und die eigenen Versprechen zu halten. Entwicklungspolitik ist bei uns Bundespolitik. Aber auch die Bundesländer tragen Verantwortung. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben 2008 eine Erklärung unterzeichnet, in der sie die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen hervorgehoben haben. Darin heißt es, dass die partnerschaftlichen Aktivitäten der Länder und Kommunen mit Städten, Provinzen, Regionen und Staaten der Entwicklungs- und Schwellenländer weiter auszubauen sind und dass es wichtige Aufgabe der Länder bleibt, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

Baden-Württemberg hat jedoch sein Engagement in diesem Bereich in den vergangenen Jahren stark zurückgefahren. Germanwatch, eine Nicht-Regierungs-Organisation, hat bereits im Jahr 2006 eine Studie zum finanziellen entwicklungspolitischen Engagement der Bundesländer herausgegeben. Diese Studie trägt den

Titel: „... denn sie wissen genau, was sie nicht tun“. Die Bundesländer stehlen sich aus ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung“.

So enthielt der letzte Haushaltentwurf der baden-württembergischen Landesregierung überhaupt keine freien Mittel mehr für Entwicklungszusammenarbeit, also keine Mittel für Projekte im Ausland und keine Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland (1997 gab's noch einen Etat von 5 Mio. Euro). Statt auf Armutsbekämpfung hat man sich auf Außenwirtschaftsförderung und Markterschließung konzentriert.

Auch die Zusammenarbeit mit Burundi, einem der ärmsten Länder weltweit, zu dem Baden-Württemberg in den 80er-Jahren besondere Beziehungen aufgebaut hat, ist eingeschlafen und die Wiederbelebung gestaltet sich ausgesprochen schwierig. Es fehlt am Willen, und deshalb fehlt es an Mitteln ebenso wie an Strukturen, die nötig wären, um die von Vereinen, Kirchen und Privatpersonen geleisteten Aktivitäten zu unterstützen – was aus meiner Sicht das mindeste ist, was das Land leisten müsste. (Übrigens kann man vielfältige Kritik an der Entwicklungshilfe üben: viele Projekte sind tatsächlich nicht sinnvoll und/oder nicht nachhaltig. Ein großer Teil der Mittel wird nicht effizient eingesetzt. Entwicklungshilfebemühungen werden konterkariert durch Probleme, die z.B. unsere Agrarsubventionen für Entwicklungsländer darstellen. Entwicklung setzt Veränderungen in den Ländern selbst voraus - Stichworte good governance & Menschenrecht. Aber: solange die Probleme in vielen Ländern, insbesondere im südlichen Afrika, so gravierend sind, wie sie sind, sind die ärmsten Länder auf Unterstützung von außen angewiesen.)

Beide Themen gehören zusammen

Wir haben es also mit zwei Problemfeldern zu tun, die zusammenhängen. Wir haben die weltweiten Umweltprobleme, allen voran den Klimawandel. Und wir haben die Armut- und Hungerproblematik. Dass beide Problemfelder zusammenhängen und auch nur im Zusammenhang gelöst werden können, diese Erkenntnis ist nun auch schon etliche Jahre alt und eng mit dem Begriff Nachhaltigkeit verknüpft.

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt bekanntlich aus der Forstwirtschaft und er besagt im Prinzip, dass man dem Wald nicht mehr Holz entnehmen darf als nachwächst.

Die 1983 von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) hatte den Auftrag, langfristige Perspektiven für eine Entwicklungspolitik aufzuzeigen, die zugleich umweltschonend ist. In dem als Brundtland-Bericht bekannt gewordenen Abschlussdokument „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahr 1987 ist das von diesem Leitgedanken inspirierte Konzept der nachhaltigen Entwicklung folgendermaßen definiert: „Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“

Etwas konkreter ist die Nachhaltigkeits-Definition der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ aus dem Jahr 1997. Neben dem Grundsatz, dass nicht mehr erneuerbarer Ressourcen verbraucht werden sollen wir nachwachsen (die einfache forstwirtschaftliche Definition), enthält diese Definition auch Aussagen zu den nicht-erneuerbaren Ressourcen, zur Belastbarkeit der Umwelt durch Stoffeinträge (Stichwort Emissionen – Klimaschutz) und zum Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe, die in Einklang mit dem Reaktionsvermögen der Umwelt stehen müssen.

Nachhaltigkeit hat viele Debatten in den 90er-Jahren geprägt. Die Landesregierung ist stolz, vor 2 Jahren ihre Nachhaltigkeitsstrategie gestartet zu haben. Nachhaltigkeit ist also nach wie vor ein wichtiger Begriff.

Kritisch anzumerken ist dabei, dass mit dem Bekanntwerden des Begriffs auch eine Verwässerung des Konzepts begann. Dazu zählt für mich die Idee der „schwachen Nachhaltigkeit“, die davon ausgeht, dass natürliches Kapital durch hergestelltes Kapital ersetzt werden kann, dass es also egal ist, wenn natürliche Ressourcen aufgebraucht werden, solange dem Finanzkapital gegenübersteht. Ein Ökonom hat über die Idee der schwachen Nachhaltigkeit gespottet, indem er das mit dem Glauben verglichen hat, man könne dasselbe Holzhaus auch mit halb so viel Holz bauen, wenn man nur doppelt so viele Zimmerleute einsetze.

Auch das so genannte Drei-Säulen-Modell, das immer noch recht populär ist, halte ich für eine Verwässerung der Nachhaltigkeitsidee. Das Drei-Säulen-Modell besagt, dass Nachhaltigkeit wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte umfasst und diese gleichrangig berücksichtigt werden müssen – und da sind wir dann wieder bei der schwachen Nachhaltigkeit, wenn so getan wird, als ginge es um eine Abwägung, bei der mal die wirtschaftlichen Belange wichtiger sind, mal die sozialen und mal die ökologischen.

Viel sinnvoller erscheint mir die Vorstellung ökologischer Leitplanken. Die Belastbarkeit der Umwelt gibt uns den Rahmen vor, in dem sich die wirtschaftlichen Aktivitäten abspielen und die sozialen Aspekte berücksichtigt werden müssen!

Die Nachhaltigkeitsdebatte ist also einerseits eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Erkenntnis, dass wir unsere Wirtschaftsweise ändern müssen. Andererseits kann man sie auch als Beitrag zur Verharmlosung kritisieren. Denn so wichtig es ist, dass man sich Gedanken über eine nachhaltige Entwicklung macht, so problematisch ist es, wenn mit dem Konzept der schwachen Nachhaltigkeit die Notwendigkeit echter Veränderungen verdrängt wird.

Wann wird gehandelt?

Die Warnungen sind da. Die Bilder von schmelzendem Grönlandeis und Eisbären auf einsamen Eisschollen sind allgegenwärtig. An Lippenbekenntnissen zum Klimaschutz und zur Entwicklungspolitik mangelt es nicht. Nur die echte Trendwende, die ist noch nicht in Sicht. Das ist auch die Aussage der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland*, die das Wuppertal Institut 2008 herausgegeben hat. Auch dieses Werk ist eine Bestandsaufnahme 12 Jahre nach der von BUND und Misereor 1996 herausgegebenen ersten Publikation „Zukunftsfähiges Deutschland“. Die Herausgeber stellen in ihrem Vorwort fest, dass grundlegende Veränderungen innerhalb der letzten 15 Jahre nicht erreicht wurden. Es zeige sich immer deutlicher, dass kleine Kurskorrekturen nicht ausreichen, größere Kursänderungen von der Politik aber offenbar nicht gewollt seien. Und in der Tat belegen die für Deutschland präsentierten Zahlen, dass der Primärenergieverbrauch von 1995 bis 2005 angestiegen ist statt abzunehmen, dass der Materialaufwand insgesamt zugenommen hat, dass der Flächenverbrauch nicht reduziert wurde.

Das gilt nicht nur für Deutschland, man kann sich die Zahlen auch für Baden-Württemberg ansehen. In einer vom Statistischen Landesamt jährlich herausgegebenen Broschüre kann man nachlesen, dass die Belastung durch Güterverkehr weiterhin zunimmt, der Flächenverbrauch sich weiterhin auf hohem Niveau bewegt, der Primärenergieverbrauch immer noch ansteigt und auch bei den CO₂-Emissionen noch keine Reduktion erreicht werden konnte – und das, obwohl wir energieintensive Produktionsschritte zunehmend in Ausland verlagert haben. Selbst bei der Energieproduktivität ist kein Erfolg zu vermelden. Und dabei ist dieser Indikator quasi fleisch-

gewordener Ausdruck des Konzepts der schwachen Nachhaltigkeit. Denn es muss ja darum gehen, den Energieverbrauch zu reduzieren, nicht nur das Verhältnis von Energieverbrauch zu wirtschaftlichen Kenngrößen. Was hilft mir eine gesteigerte Energieeffizienz, wenn am Ende genauso viel oder noch mehr CO₂ in die Luft gepustet wird? Es muss darum gehen, weniger Ressourcen zu verbrauchen und weniger Emissionen zu erzeugen.

Und wenn wir nochmal zurück gucken, was uns die Erkenntnisse der Klimawissenschaftler sagen: es geht nicht darum, die CO₂ Emissionen um 1 oder 2 % zu reduzieren, was wir brauchen ist eine Reduktion um 90% oder 95% bis 2050.

Schön finde ich diesbezüglich einen vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen jüngst eingebrachten Vorschlag. Die Idee hierbei ist, dass die CO₂-Emissionen, die weltweit von heute bis 2050 nicht überschritten werden dürfen (um die 2-Grad-Marke einzuhalten), auf jedes Land gemäß seiner Bevölkerungsstärke verteilt werden. Für Deutschland ergibt das jährliche Emissionen von 9 Milliarden Tonnen CO₂, die wir noch ausstoßen dürften. Bei derzeit jährlichen Emissionen von 0,9 Milliarden Tonnen hätten wir unser Guthaben also innerhalb von 10 Jahren verbraucht. Brasilien hingegen könnte seinen Ausstoß noch für 46 Jahre beibehalten, Indien noch für 88 Jahre und Burkina Faso für fast 3.000 Jahre. Wenn man dieser Idee folgt könnte darüber auch ein finanzieller Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hergestellt werden, wenn reiche Länder armen Emissionsrechte abkaufen müssten – auch das eine elegante Idee, um Klimapolitik und Entwicklungspolitik zu verknüpfen.

Aber jenseits von solchen Überlegungen ist die Frage, wie wir unsere Einsparungen realisieren sollen? Wie soll das gehen, dass wir eine Reduktion von 90% innerhalb der nächsten 40 Jahre hinkriegen, wenn wir in den vergangenen 20 Jahren trotz vieler Erkenntnisse und Debatten nur so wenig erreicht haben?

Es gibt schon seit längerem zahlreiche Studien, die belegen, dass die notwendigen Veränderungen, die notwendigen Einsparungen technisch möglich sind. Die Frage ist nur, wie wir sie mit unserem Wirtschaftsmodell und mit unserem Lebensstil zusammen kriegen. Und da bin ich bei einem weiteren wichtigen Begriff angekommen, beim Wirtschaftswachstum. Das Wirtschaftswachstum ist ja so was wie unser goldenes Kalb.

Wirtschaftswachstum als fixe Idee

Das Ziel des Wirtschaftswachstums ist so selbstverständlich geworden, dass es keine Begründung mehr zu bedürfen scheint. Es wird als selbstverständlich hingenommen, obwohl doch unmittelbar einleuchtet, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum in einer begrenzten Welt unmöglich ist. Die Idee eines permanenten Wirtschaftswachstums ist auch noch gar nicht so alt – sie kam erst im 18. Jahrhundert auf, als der Einstieg ins fossile Zeitalter die bis heute ungebrochene Phase des Wirtschaftswachstums einläutete.

Dabei muss uns klar sein, dass wir in einer historisch präzedenzlosen Ausnahmesituation leben. Energie wird vermutlich nie wieder so billig sein – und praktisch alle unsere wirtschaftlichen Aktivitäten einschließlich der industrialisierten Landwirtschaft, die in dieser Form weder auf Entwicklungsländer übertragbar noch zukunftsfähig ist, basieren auf dieser Energieverfügbarkeit.

Man muss sich klar machen, dass vor Beginn des Kohlezeitalters praktisch nur regenerative Energien zur Verfügung standen. Nach dem Erdölzeitalter wird es wieder mit regenerativen Energien weitergehen, nur dazwischen ist ein erdgeschichtlich kurzer Peak des Verbrauchs fossiler Energieträger.

Auch „Klimaschützer“ wie Nicholas Stern beschreiben Klimaschutz als „Pro-Wachstums-Strategie“. Viele Politiker sehen das so: Der Klimawandel ist eine Herausforderung. Wir brauchen Wirtschaftswachstum, um dieser Herausforderung zu meistern. Wachstum, so glaubt man, könne die Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung bereit stellen.

Bislang war es aber immer umgekehrt: Wirtschaftswachstum ging mit steigendem Ressourcenverbrauch einher. Und auch vermeintlich ressourcensparende Innovationen haben nicht dazu geführt, dass der Ressourcenverbrauch tatsächlich gesunken ist. Automotoren sind effizienter geworden, der Spritverbrauch ging deshalb aber nicht zurück, sondern die Motoren wurden stärker, die Autos schwerer und schneller und zahlreicher. Und wir legen weitere Entfernungen zurück (die Zeit, die wir für Mobilität aufwenden ist dabei übrigens etwa konstant geblieben).

Vor 100 Jahren wurden effizientere Glühbirnen entwickelt (Wolfram- statt Kohlenstoffäden), dadurch nahm nicht der Stromverbrauch ab, sondern es wurden einfach mehr Lampen installiert.

Schon 1865 hat ein Wissenschaftler festgestellt: „Es ist eine völlige Gedankenverwirrung anzunehmen, die effiziente Verwendung von Brennstoffen sei gleichbedeutend mit einem reduzierten Verbrauch. Das genaue Gegenteil ist wahr.“ Was effizienter genutzt werden kann, wird billiger und dementsprechend steigt die Nachfrage. Es sind viele solche so genannten Rebound-Effekte nachgewiesen. Und das sollte man wissen, wenn man von technischen Innovationen Erfolge erwartet. Das sollte man auch im Kopf haben, wenn man über den Ausbau der regenerativen Energien spricht. Denn natürlich sind erneuerbare Energien gut, aber sie müssen Energien aus fossilen Energien auch wirklich ersetzen und nicht dazu führen, dass insgesamt noch mehr Energie verfügbar ist und die CO₂-Emissionen gleich bleiben oder sogar noch ansteigen.

Wirtschaftswachstum macht übrigens auch nicht glücklich, ebenso wie Wohlstand nicht unbedingt zu Glück führt. Jenseits der Erfüllung der Grundbedürfnisse ist das persönliche Glücksempfinden, soweit es überhaupt etwas mit Wohlstand zu tun hat, eher an relativen Wohlstand geknüpft, also an die Frage, ob man reicher oder ärmer als seine Nachbarn ist. - Dies ist im Übrigen ein ganz wichtiger Punkt für die Armutsdebatte in Deutschland! - Wenn alle noch mehr haben, steigt deshalb nicht das kollektive Glücksgefühl.

Zusammenfassung und Ausblick

Ich möchte an dieser Stelle versuchen, das bisher Gesagte zusammenzufassen. Wir können nicht so weiterwirtschaften wie bisher, weil das zum ökologischen Kollaps führen würde. Wir müssen dringend das Klimaproblem in den Griff bekommen. Allen Menschen steht dabei das gleiche Recht auf Umweltverbrauch zu. Die Entwicklungsländer brauchen unsere Unterstützung bei der Bekämpfung der Armut und des Hungers. Ihnen müssen wir ein Mehr an Umweltverbrauch zugestehen (allerdings braucht es neue Entwicklungskonzepte und keine Kopie unserer Entwicklung). Unseren ökologischen Fußabdruck müssen wir drastisch verkleinern. Dabei geht es nicht nur um die CO₂-Emissionen – der Klimawandel ist eher als Phänomen einer Lebens- und Wirtschaftsweise zu verstehen, die insgesamt nicht umweltverträglich ist. Unser Reichtum geht zu Lasten künftiger Generationen und der Armen von heute. Insgesamt brauchen wir eine Wirtschaft mit geringerem Energie- und Materialdurchsatz. Eine Wirtschaft, die ohne permanentes Wachstum auskommt. Es muss darum gehen, die Emissionen tatsächlich zu reduzieren, also weniger fossile Energie zu verbrauchen. Eine Steigerung des Energieangebots durch mehr regenerative Energie hilft allein nichts. Entscheidend ist das hinten weniger

rauskommt. Und dabei dürfen wir uns vor lauter Klimaschutz keine neuen ökologischen Probleme einhandeln. Also nicht regenerative Energien um jeden Preis (Stichwort: Probleme der Bioenergienutzung), sondern Energieeinsparung in den Vordergrund stellen.

Die notwendigen Veränderungen werden sich nicht (allein) über technische Innovationen erreichen lassen und sie sind nicht mit dem Prinzip eines permanenten Wirtschaftswachstums vereinbar.

Das hört sich nach Sackgasse an, nach einem unlösbaren Problem. Aber wir müssen es lösen.

Wir müssen Abschied nehmen von einer Orientierung an der Steigerung des materiellen Wohlstandes. Wir müssen wieder zurück finden, zu ein paar einfachen Dingen, z.B. zu der Idee, dass wir arbeiten, um notwendig Produkte herzustellen. Im Moment, z.B. wenn ich mir das Prinzip Abwrackprämie angucke, geht es ja eher darum, zu produzieren, damit Arbeit da ist.

Wir müssen es hinkriegen, Klimaschutz und Wirtschaft nicht als getrennte Sphären zu betrachten. Es reicht nicht, wenn die Erkenntnis, dass ein Umsteuern notwendig ist, theoretisch vorhanden ist. Sie muss auch im Alltag ankommen. Ich bin es leid, Meldungen über Rückgänge bei den Fluggastzahlen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise als Katastrophenmeldung serviert zu bekommen, wo ich doch weiß, dass die Fluggastzahlen sinken müssen, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen. Ich bin es leid, immer noch gegen Straßenbauvorhaben zu kämpfen, die mit Verkehrsprognosen begründet werden, die von einem starken Zuwachs beim Güterverkehr ausgehen, wenn ich doch weiß, dass wir das Verkehrsaufkommen reduzieren müssen, um unsere Klimaziele zu erreichen.

Ich denke, eine der wichtigen Frage ist die Frage nach dem „genug“? Wann haben wir genug Straßen? Wann reicht die durchschnittlich pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche? Wie viel Flugreisen pro 10 Jahre sind genug? Wie viel Fleischkonsum muss sein?

Dabei scheint mir ein Problem zu sein, dass wir uns in der Betrachtung der Welt immer am jetzt und heute orientieren. Schon das, was vor einigen Jahrzehnten noch normal war, in Sachen Wohlstand, in Sachen Infrastruktur, ist heute kaum noch vorstellbar. Und gleichzeitig haben wir uns an das Tempo des vermeintlichen Fortschritts gewöhnt, also daran, dass immer neue Straßen geplant und gebaut werden, dass der Wohlstand insgesamt zunimmt.

In Zeiten eines Umbruchs ist es aber fatal, sich am Gegebenen zu orientieren, davon auszugehen, dass Entwicklungen immer so weiterlaufen. Gerade bei Entwicklungen, bei denen wir uns an stetigen Zuwachs gewöhnt haben, z.B. daran, dass immer noch mehr Straßen gebaut werden, werden wir uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass es ein „genug“ gibt, dass die Entwicklung in eine andere Richtung gehen muss. Aber die Vorstellung, dass es sich auch auf gleichbleibendem Niveau oder mit Weniger gut leben lässt, ist schwer zu vermitteln.

Es ist nicht populär, auf die Notwendigkeit einer Änderung unseres Lebensstils hinzuweisen. Mit Verzichtspredigten gewinnt man keine Wahlen. Die Politik ist gefangen im Tagesgeschäft und gefangen in bestehenden Strukturen, die nur schwer zu ändern sind.

Die Herausgeber von „Zukunftsfähigem Deutschland“ setzten deshalb für die Veränderung auf kleine Initiativen, auf einer Veränderung von unten. Minderheiten haben nicht die Macht, aber sie haben Einfluss. Sie können Änderungen anstoßen, und genau das ist in Zeiten mit neuen Herausforderungen von großer Bedeutung. Und es werden immer mehr Menschen, die bei aller Verschiedenheit durch den Grundgedanken geeint sind, dass die Rechte der Menschen und der Natur wichtiger

sind als Güter und Geld. Menschen die erkannt haben, dass nichts an der Änderung unseres Lebensstils vorbeiführen wird. Dass weniger Verschwenden angesagt ist und weniger Gier. Dass Arbeit besser verteilt werden muss. Weniger Fleisch Essen, weniger Fliegen, in manchen Bereichen „kleinere Brötchen“ backen - und dabei trotzdem oder erst recht ein erfülltes Leben führen.

Nun halte ich nichts von billiger Politikschelte. Wir leben in einer Demokratie und im Enddefekt folgt die Politik – mit gewissen Abweichungen und Verzögerungen – dem Mehrheitswillen. Deshalb gehört für mich auch beides zusammen. Die Initiativen von unten, die Änderungen im persönlichen Lebensstil, aber eben auch das Einmischen in die Politik. Denn ohne Änderung der Rahmenbedingungen wird ein vorbildliches Verhalten Weniger allein nicht viel ausrichten. Auch deshalb: gehen Sie morgen Wählen!

Ausklang

Ich sehe die Veranstaltung „Musik für die Erde“ als einen der vielen Bausteine, die wir für diese Entwicklung brauchen. Es ist wichtig, Bewusstsein zu schaffen und es ist wichtig, das Streben nach Glück in die richtige Richtung zu lenken. Vielleicht ist der Ansatz, Vorträge und Musik zu verbinden, dabei zukunftsweisend?

In einer Untersuchung aus dem Jahr 2006 wurden vier Aktivitäten, mit denen Menschen nach Glück streben, nämlich Gärtnern, einen Hund haben, Wochendhaus und Yogakurse besuchen, auf ihre Umweltbelastung hin untersucht inkl. indirekter physischer und psychischer Effekte. Von den untersuchten Aktivitäten kam Gärtnern am besten weg – mit einer insgesamt umweltentlastenden Wirkung. Musizieren wurde als Aktivität leider nicht mit betrachtet – ich nehme aber an, dass Musizieren ebenfalls sehr gut abschneiden würde.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Veranstaltung weiterhin viel Erfolg und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Erde ist reich genug für jedermanns Bedarf, aber nicht für jedermanns Gier.

Mahatma Gandhi